

Nikolaus Landgraf, Vorsitzender DGB-Bezirk Baden-Württemberg



Nikolaus Landgraf, Vorsitzender DGB-Bezirk Baden-Württemberg (Foto: Archiv)

Wie ernst steht es um den EURO?

Es steht nicht gut um den Euro, weil die Bundesregierung eine wirkliche Lösung der Krise blockiert, weil die Akzeptanz für Europa schwindet und weil viele über Europa und den Euro schimpfen, ohne zu sehen, welchen Nutzen wir alle davon haben. Daran hängen Exportchancen und viele Arbeitsplätze. Es ist dumm, den Euro schlecht zu reden! Denn nicht der Euro ist das Problem, sondern die Spekulation gegen den Euro. Und die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die der deutschen Exportindustrie Vorteile auf Kosten der anderen Volkswirtschaften verschafft hat. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Wir brauchen deshalb eine europäische Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine demokratischere Verfassung für Europa. Sonst kommt nicht nur der Euro unter die Räder, sondern auch die Demokratie. Europa darf nicht bedeuten, dass wir den Vorstellungen der Finanzmärkte folgen, aber die Prinzipien der Demokratie abschaffen.

Wie reagieren Ihre Mitglieder?

Noch ist es relativ ruhig. Wir leben sozusagen im Auge des Taifuns. Aber die Verunsicherung, wie es weitergehen soll in Europa, ist groß, das Vertrauen in die Politik dagegen klein. Es gedeihen auch viele Vorurteile in diesem Klima der Verunsicherung. Es muss deutlich gesagt werden: Die hohe Staatsverschuldung in vielen Ländern ist vor allem eine Folge der Finanzkrise. Erst dann kommen auch hausgemachte Probleme der Euro-Länder hinzu. Wir haben keine

Staatsschuldenkrise, auch keine Euro-Krise – wir haben vor allem eine Finanzkrise, in der massiv die Banken gestützt werden. Zahlen sollen dafür die Kleinen – das ist unsozial! Kein Wunder, wenn viele sagen, jetzt reicht es. Die Probleme werden aber dadurch nicht kleiner. Wir müssen europäische Solidarität zeigen, aber richtig! Dafür werbe ich. Dann müssen wir uns über die Akzeptanz dieser Politik keine Sorgen machen.

Welche Branchen sind besonders betroffen/ gefährdet?

Die Anzeichen für einen Konjunkturabschwung mehren sich. Wenn alle in Europa sparen müssen, dann schadet das Konsum und Wachstum. Davon werden wir in Baden-Württemberg mit unserer exportorientierten Industrie früher oder später stärker betroffen sein als wir dies jetzt glauben. Das war auch zu Beginn der Finanzkrise der Fall. Unsere Exportstärke ist Chance und Achillessehne zugleich. Deshalb müssen wir ein Interesse am Erhalt des Euro haben und die Binnennachfrage stärken. Und wir müssen dafür sorgen, dass andere Länder weiter deutsche Produkte kaufen können. Wir können uns nicht abkoppeln, das schadet uns selber!

Wie zufrieden sind sie mit dem Krisenmanagement der Kanzlerin?

Die Kanzlerin blockiert eine wirtschaftlich vernünftige und wirkungsvolle Lösung der Krise in Europa. Ihre Politik führt dazu, dass den Mittelmeerländern ein rigoroser Kurs von Lohn- und Sozialkürzungen und öffentlichen Leistungen aufgezwungen wird statt die wirklichen Krisenursachen zu beseitigen. Mit den verordneten Sparprogrammen wird der ohnehin geschwächten Wirtschaft massiv Kaufkraft entzogen. Der Schuldenberg wächst statt zu schmelzen. Die Gewerkschaften plädieren deshalb für einen raschen Kurswechsel. Wir brauchen Reformen, die die Finanzkraft der Länder stärken statt Armut zu produzieren und die Verursacher mit großen Geldsäcken entkommen zu lassen. Die Reichen müssen mehr Steuern zahlen und wir brauchen eine wirkliche Reform des Finanzsektors statt die Bevölkerung für die Folgen der Spekulation zahlen zu lassen. Eine Finanztransaktionssteuer ist überfällig, eine einmalige Abgabe auf hohe Vermögen an der Zeit - verzinst und zurückzuzahlen.

Lässt sich die deutsche Position noch halten?

Wir werden den Spekulanten, die gegen den Euro wetten, nicht den Garaus machen, indem wir permanent Geld nachschieben.

Stattdessen muss Europa deutlich machen, dass es bereit ist, seine Währung gemeinsam zu verteidigen. Es kann nicht sein, dass die EZB den Banken Milliarden zum Zinssatz von einem Prozent zuschiebt, die die Banken zu fünf oder sechs Prozent an die Staaten verleihen. Das ist eine unerträgliche Subvention der Banken mit öffentlichen Geldern. Wir retten die Banken quasi zum Nulltarif. Das geht so nicht weiter. Der DGB schlägt vor, den Rettungsfonds (EFSF) mit einer Banklizenz auszustatten. Dadurch kann er sich wie jede andere Geschäftsbank bei der EZB günstig Geld besorgen. Er kann zinsgünstige Kredite vergeben und notfalls unbegrenzt zu günstigen Bedingungen Staatsanleihen aufkaufen. Das senkt die Zinslast für die Schuldenstaaten und ermöglicht die Rückzahlung. Zudem sollte Europa gemeinsame Staatsanleihen, sogenannte Eurobonds, auflegen, um klarzumachen, dass die Währungsunion in der Krise zusammensteht. Das kostet, aber immer noch besser als Milliarden für eine falsche Politik in ein Fass ohne Boden zu pumpen. Bei einer solchen Politik wäre es mit der Spekulation gegen einzelne Euro-Staaten schnell vorbei, die Zinsen würden auf ein für Südeuropa verträgliches Niveau sinken. Sie hätten eine Chance, wieder auf die Beine zu kommen. Mit der falschen Medizin der Bundesregierung erwartet den Patienten langes Siechtum. Und Merkels Festhalten an einem falschen Kurs schadet dem Ansehen Deutschlands in Europa.

(Erschienen in der online-Ausgabe der Schwäbischen Zeitung am 09.08.2012, 19:20)

http://www.schwaebische.de/wirtschaft/aktuell/wirtschaft-aktuelle-nachrichten_artikel,-Nikolaus-Landgraf-Vorsitzender-DGB-Bezirk-Baden-Wuerttemberg-arid,5299286.html